

### **Zusammenfassung des Postulats**

Mit ihrem am 10. Oktober 2005 eingereichten und begründeten Postulat (TGR S. 1386) ersuchten Grossrätin Marie-Thérèse Weber-Gobet und Grossrat René Thomet sowie 36 Mitunterzeichnende den Staatsrat um einen Bericht über eine umfassende Alterspolitik im Kanton Freiburg.

### **Antwort des Staatsrats**

Am 16. Mai 2004 stimmte das Freiburger Volk für die neue Verfassung des Kantons Freiburg. Diese ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten, unter Vorbehalt der Artikel 147 – 153 ; dabei handelt es sich um Schlussbestimmungen, die vorschreiben, dass das gesamte Kantonsrecht bis spätestens 1. Januar 2009 der neuen Verfassung angepasst werden muss.

Zu diesem Zweck hat der Staatsrat eine Projektorganisation errichtet. 64 Gesetzgebungsprojekte sind aufgezählt worden, und eines davon gilt der Alterspolitik und der Umsetzung der Verfassungsartikel 35 und 62 (Projekt Nr. 46).

#### ***Art. 35 Ältere Menschen***

*Ältere Menschen haben Anspruch auf Mitwirkung, Autonomie, Lebensqualität und Achtung ihrer Persönlichkeit.*

#### ***Art. 62 Beziehungen zwischen den Generationen***

*Staat und Gemeinden fördern das Verständnis und die Solidarität zwischen den Generationen.*

Als steuernde Direktion hat die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) eine allgemeine Planung der Arbeiten für dieses Projekt erstellt. Diese sieht für das Jahr 2006 eine vorgängige Studie vor, mit der an erster Stelle eine Bestandesaufnahme über die Massnahmen erfolgen soll, die heute unserer Alterspolitik zugrunde liegen. Anschliessend sind die Bedürfnisse zu bestimmen, die künftig abgedeckt werden müssen, um dem Verfassungsauftrag in angemessener Weise zu entsprechen. Diese Arbeiten werden in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen erfolgen. Die Studie wird in die Ausarbeitung eines Konzepts für eine umfassende Alterspolitik münden, das nach Anhörung der betroffenen Kreise durch gesetzliche Bestimmungen konkretisiert wird.

Der Staatsrat stellt fest, dass die von der GSD an die Hand genommene Planung der Arbeiten für die Umsetzung des Projekts Nr. 46 die Anliegen der Grossratsmitglieder Weber-Gobet und Thomet schon integriert hat – Anliegen, die vom Staatsrat geteilt werden. Deshalb beantragt er dem Grossen Rat, das Postulat erheblich zu erklären, präzisiert aber, dass die Frage der Einsetzung einer Kommission für eine umfassende Alterspolitik in Verbindung mit der Umsetzung des Konzepts geprüft werden muss. Das Konzept wird als Bericht zu diesem Postulat dienen.